

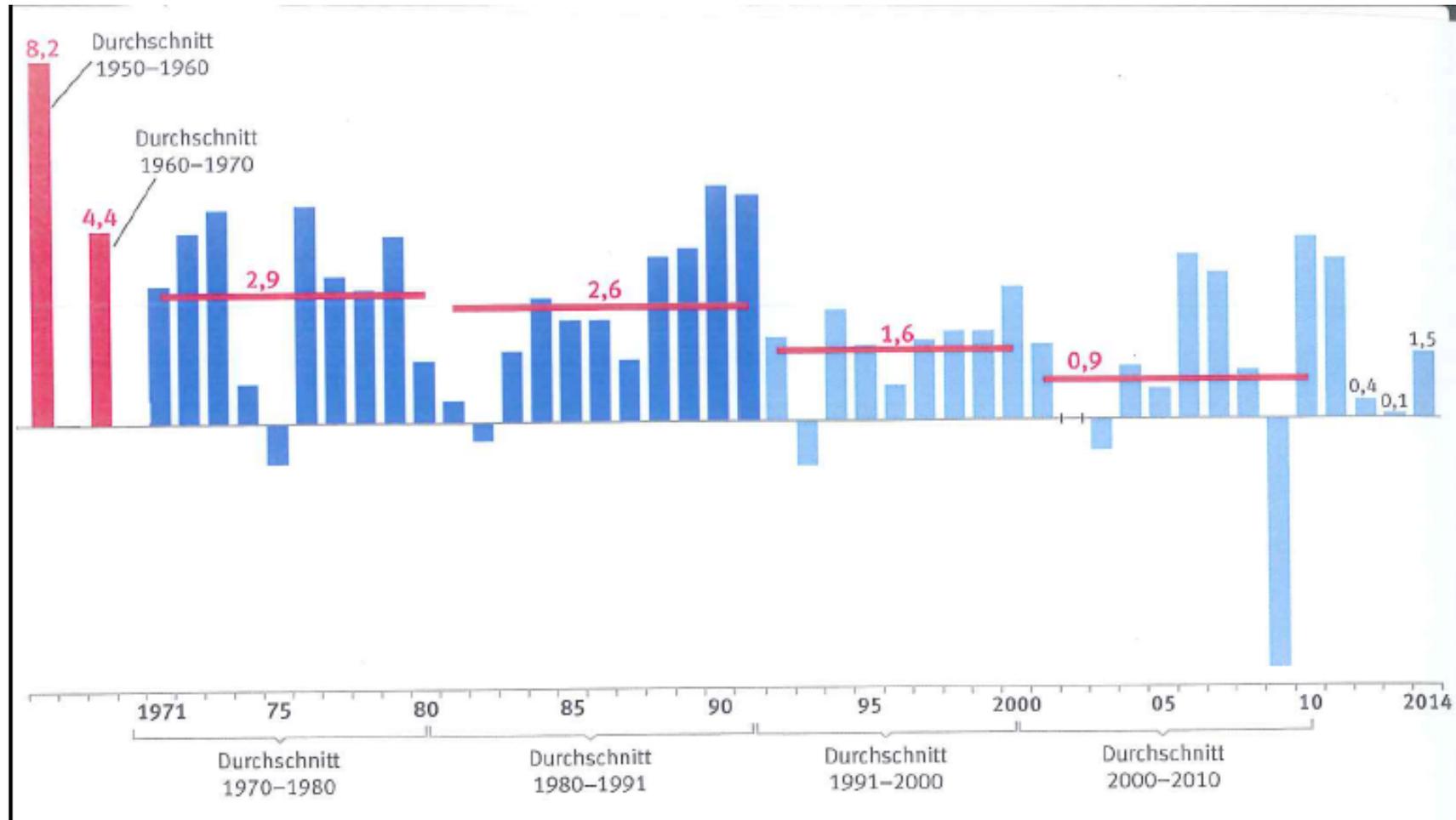
**40 Jahre neoliberale
Wirtschaftspolitik**

**40 Jahre Alternative
Wirtschaftspolitik**

Wilfried Kurtzke

Wirtschaftswachstum in Deutschland

Veränderung des Preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Das Ende des Nachkriegsbooms und der Siegeszug neoliberaler Politik

- **Wirtschaftskrise und Stagflation verhilft neuen Ideen zum Durchbruch**
 - **Massenarbeitslosigkeit wird zum Normalfall der bundesdeutschen Gesellschaft**
- 

Die **Krise 1974/75** wurde zum Katalysator für einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. Der Wohlfahrtsstaat war nicht länger das bestimmende Leitbild. Insbesondere das Phänomen der **Stagflation** hatte die alten wirtschaftlichen Ansätze diskreditiert.

Die in den Nachkriegsjahren praktizierte **keynesianische Nachfragepolitik** galt damit als **gescheitert**. Der Sachverständigenrat (SVR) war mit seiner Empfehlung, zur Krisenbekämpfung nicht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, sondern die Gewinne der Unternehmen zu fördern, der Vorreiter der neoklassischen Wende.

- ➔ Die **ideologischen Grundlagen** für den ökonomischen Paradigmenwechsel wurden, teilweise schon in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts, von **Friedrich August von Hayek** und von **Milton Friedman** formuliert.
- ➔ Wirtschaftspolitisch war er das Gegenmodell zum damals vorherrschenden Keynesianismus. Krisen können danach nicht durch den Staat bekämpft werden, sondern **Staatseingriffe in den Marktprozess** seien überhaupt erst die **Ursache für wirtschaftliche Krisen**.
- ➔ Deregulierung, Privatisierung, Abbau des Sozialstaates, Steuersenkungen und Marktöffnung waren und sind die wirtschaftspolitische Medizin des Neoliberalismus (ökonomisch korrekt als Neoklassik bezeichnet). Weil damit vor allem die Bedingungen für Kapitalanleger verbessert werden, wird diese Ausrichtung auch **angebotsorientierte Wirtschaftspolitik** genannt.

- Politisch umgesetzt wurde das Konzept erstmals nach dem Militärputsch in Chile 1973. Chilenische Ökonomen, die an der Universität von Chicago von neoliberalen Ideen geprägt wurden (**Chicago Boys**), konzipierten die Wirtschaftspolitik der Militärjunta. Unter den Bedingungen der Diktatur konnten die Ideen rigoros in die Praxis umgesetzt werden. Nach anfänglichen Erfolgen scheiterte das Experiment mit der schweren Wirtschaftskrise 1982.
- Bundeskanzler **Helmut Schmidt** bereitete mit der **GIB-Formel**: *Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen* in Deutschland den Boden für die Wirtschaftspolitische Wende.
- In den 1980er Jahren wurde der Neoliberalismus mit **Ronald Reagen** in den USA, **Margit Thatcher** in Großbritannien und **Helmut Kohl** in Deutschland die dominante wirtschaftspolitische Doktrin. Marktradikale Positionen waren endgültig salonfähig geworden.

TINA = There is no Alternative

Dieser Ausspruch soll auf Margaret Thatcher, der britischen Regierungschefin, zurückgehen. Sie wollte damit zum Ausdruck bringen, dass keine andere Politik möglich sei.

Bis heute ist die angebliche Alternativlosigkeit der herrschenden Politik ein Standardargument, mit der sie gegen Kritik immunisiert werden soll.

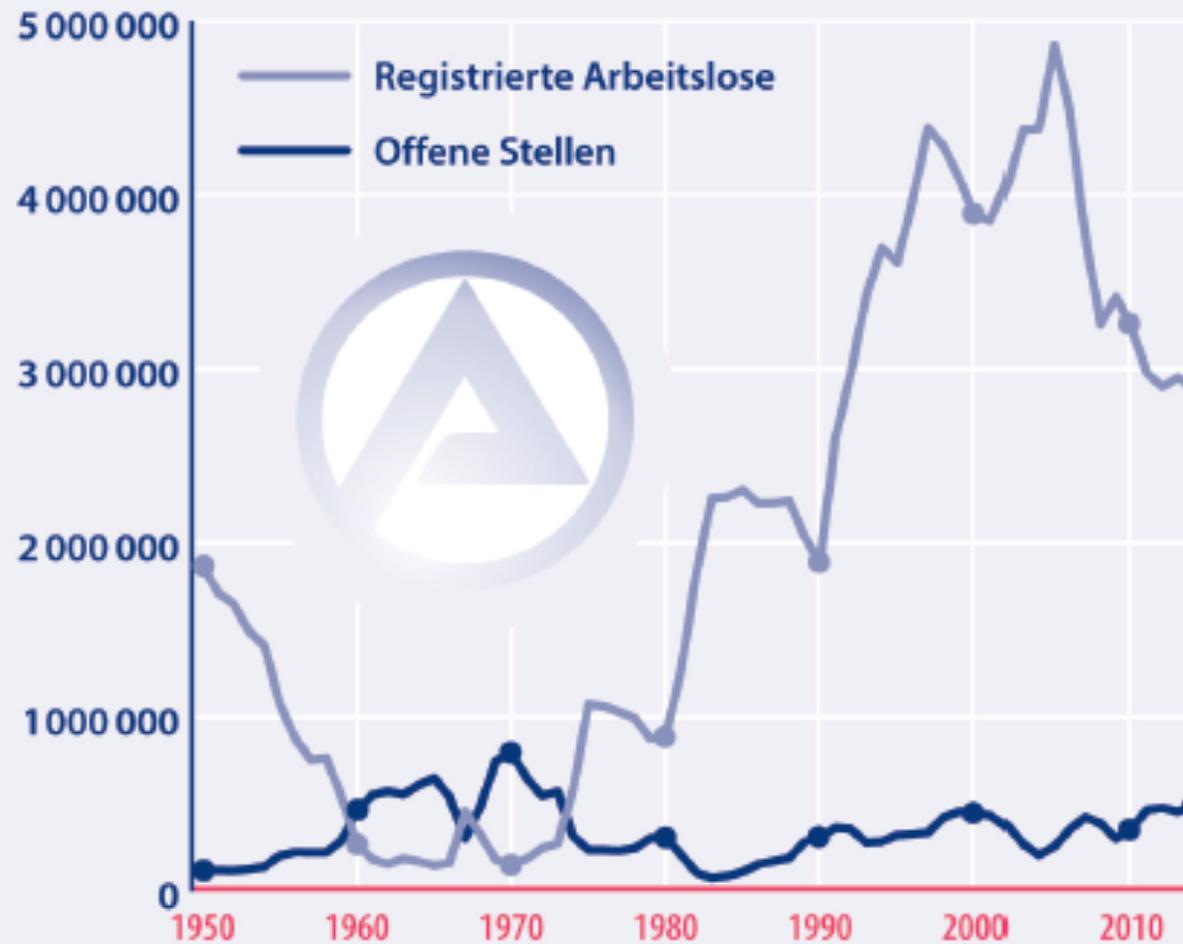
Es gibt in der von Menschen gemachten und keinen Naturgesetzen unterliegenden Wirtschaftspolitik immer Alternativen. Es fragt sich nur, welche zu Umsetzung kommen und in wessen Interesse.

„Die Krisenpolitik der Bundesregierung zielt darauf ab, durch gewinnfördernde Maßnahmen die Aktivität der privaten Unternehmen anzuregen. Diese Strategie unterstellt, dass steigende Unternehmensgewinne über den Mechanismus der Marktkonkurrenz zwangsläufig zu erhöhter Investition, Produktion und Beschäftigung führen müssen.“

Memorandum 1975

Registrierte Arbeitslose und offene Stellen

In Deutschland 1950 bis 2014 (bis 1990 früheres Bundesgebiet)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2015

„Die Arbeitslosigkeit hält unvermindert an, obgleich bereits seit fast zwei Jahren eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs – gemessen an Produktion und Investition – zu verzeichnen ist. Dies deutet darauf hin, dass es sich hier nicht um einen einmaligen Betriebsunfall, sondern um längerfristige Tendenzen handelt, die zwar durch die konjunkturelle Krise ab Ende 1973 verstärkt zum Durchbruch gekommen sind, die konjunkturellen Wechsellagen aber überdauern und die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten längerfristig entscheidend beschränken werden.“

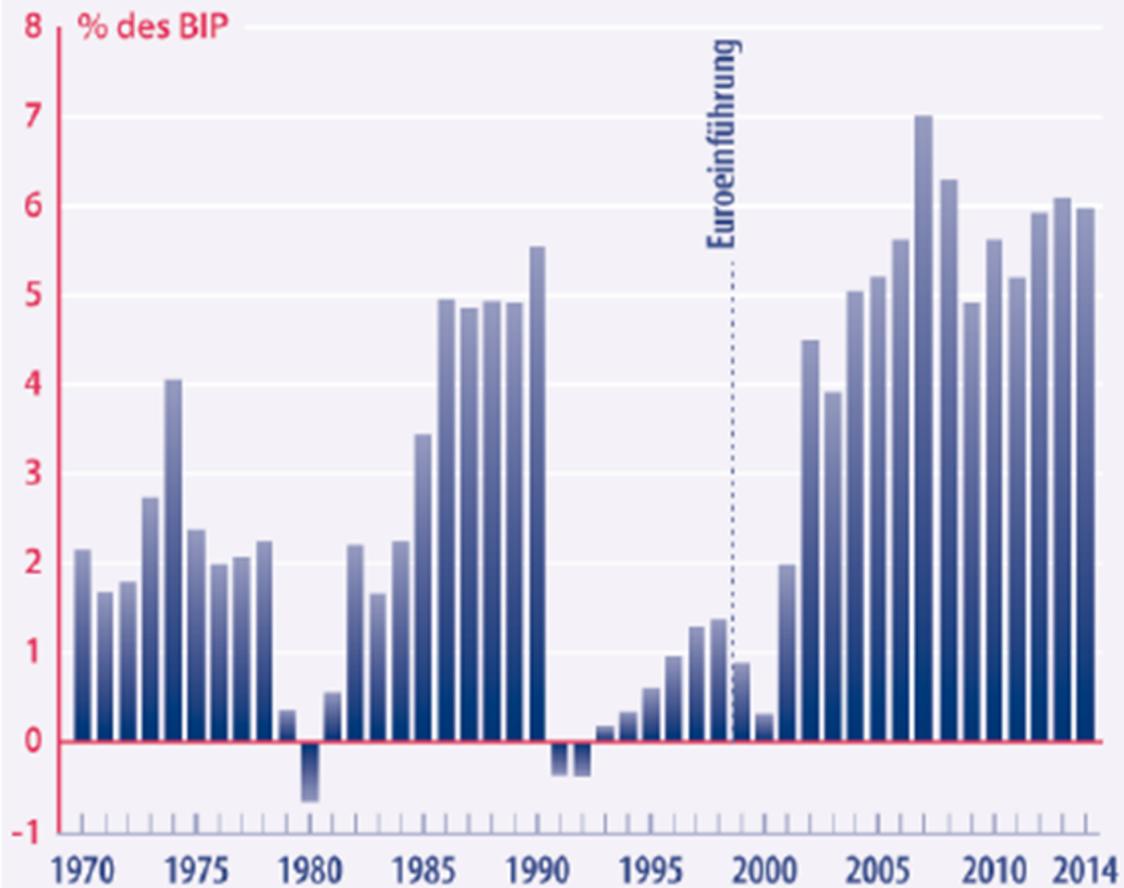
Memorandum 1977

Massenarbeitslosigkeit als normaler Zustand einer kapitalistischen Ökonomie ist dabei kein neues Phänomen. Bereits Karl Marx beschrieb empirisch und theoretisch den Prozess der Herausbildung einer **industriellen Reservearmee**, der in Gang kommt, weil die Produktivitätsfortschritte größer sind als das wirtschaftliche Wachstum.

Marktprozesse führen eben nicht im Selbstlauf zu einer Gleichgewichtssituation mit Vollbeschäftigung.

Deutscher Exportüberschuss

Saldo Waren und Dienstleistungen 1979 – 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.
Prognose für 2013/14: Gemeinschaftsdiagnose Oktober 2013.

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2014

Der Zusammenbruch des Sozialismus und die Etablierung eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus

- **Strukturkrisen und Strukturpolitik**
 - **Deutsche Vereinigung und Marktöffnung
Osteuropas**
 - **Das Binnenmarktprojekt (Maastricht-Vertrag)**
 - **Asienkrise, Technologieboom und die Krise
der New Economy**
- 

Stahlkrise wird mit Strukturpolitik abgefedert

Anfang der 1980er Jahre wurde noch Strukturpolitik betrieben. Zur Lösung der schweren Stahlkrise wurde der Davignon-Plan in der EU umgesetzt. Er sah ein Preis- und Quotenkartell vor, Investitions- und Stilllegungspläne sowie rückzahlbare Subventionen für alle Konzerne vor. Damit konnte die Schließung von großen Standorten verhindert werden.

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik entwickelte damals Antikrisenpläne für die Stahlindustrie, die die Vergesellschaftung dieses Sektors vorsahen.

Washington Consensus

Speerspitze neoliberaler Ideologie in den internationalen Beziehungen wurde der Internationale Währungsfonds (IWF). Ursprünglich war der IWF dazu konzipiert, Marktversagen zu korrigieren. Der Staat wurde als wichtiger Akteur zur Schaffung von Arbeitsplätzen gesehen. Das änderte sich spätestens mit dem „Washington Consensus“ (Vereinbarung von Politik, Finanzinstitutionen und Expertenkommissionen) von 1990 radikal.

Freier Waren- und Kapitalverkehr, restriktive Geldpolitik und Abbau sozialer Leistungen stand jetzt ganz oben auf der Agenda. Vielen Ländern aus der dritten Welt wurden diese Maßnahmen mit sogenannten „Strukturanpassungsprogrammen“ von den Industriestaaten aufgezwungen. Mit verheerenden Konsequenzen.

„Sie haben dadurch viele Menschen in Armut und viele Staaten ins soziale und politische Chaos gestürzt.“

Joseph Stiglitz

„Deutsche Zweiheit“

Nachdem in der Frühphase der Vereinigung noch einige erfolgreiche Maßnahmen durchgeführt wurden – beispielsweise einige

Sanierungserfolge („Chemiedreieck“) und vor allem eine breite

Abfederung der Arbeitsmarktmisere durch eine aktive

Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsbeschaffungs- und

Strukturanpassungsmaßnahmen – ABM, SAM) –, wurde die

Angliederung der DDR schließlich schnell unter **marktradikalen**

Prämissen durchgeführt. Das Ergebnis war – trotz zahlreicher

Frühverrentungen – eine explodierende Arbeitslosigkeit.

Das – verfassungsmäßige - **Ziel gleicher Lebensbedingungen** rückte in weite Ferne.

Die sogenannte New Economy elektrisierte die Menschen und die Märkte.

Vor allem die amerikanische Ökonomie erlebte einen kräftigen Wachstumsschub. Unter Ökonominen und Ökonomen wurde ernsthaft über das Ende von Wirtschaftskrisen und eine fortdauernde Prosperität diskutiert.

Auch wurde dieser Boom der herrschenden Wirtschaftsdoktrin zugeschrieben:

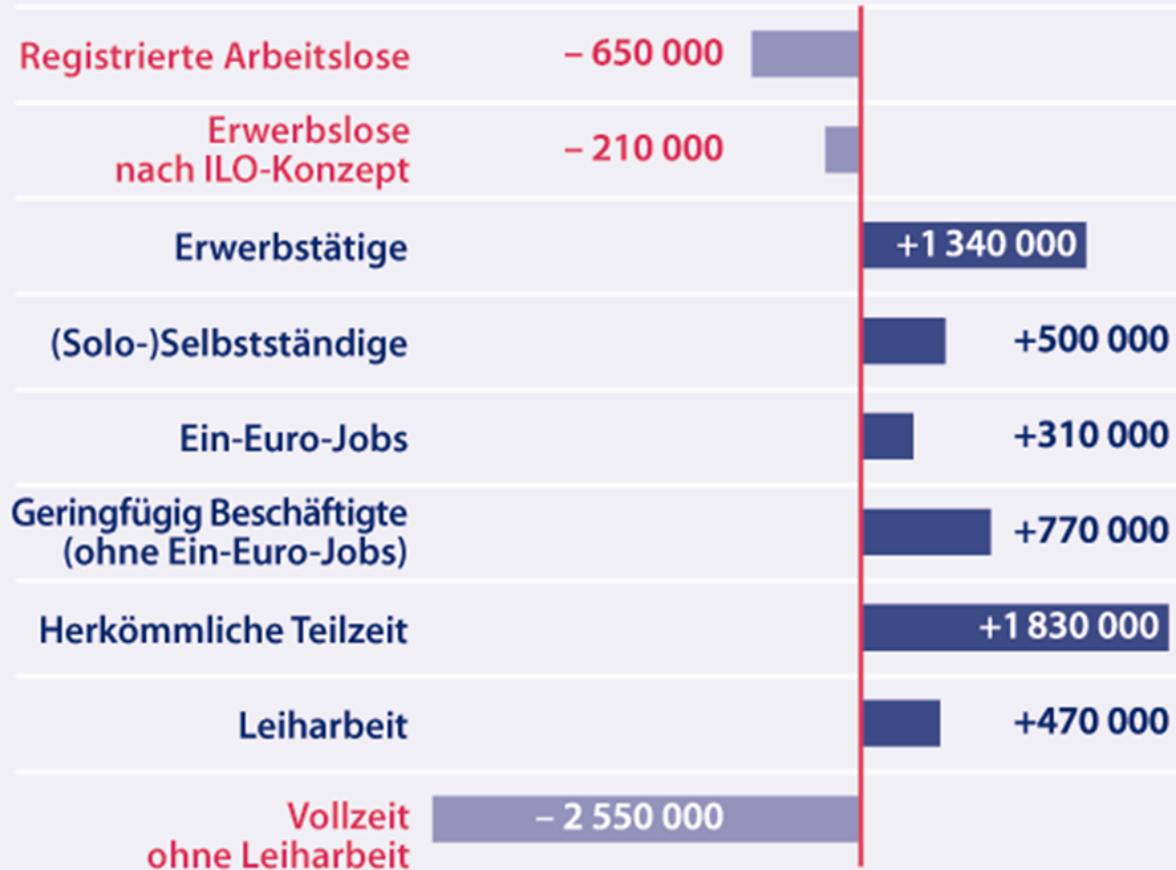
Die Innovationskräfte der New Economy könnten sich nur ohne staatliche Bevormundung und Regulierungsfesseln entfalten. Die Abhängigkeiten der „alten“ Arbeitsgesellschaft seien überwunden.

Rot-grüne AGENDA-2010-Politik

- **Deregulierung des Arbeitsmarktes sorgt für Prekarisierung der Beschäftigung**
 - **Absenkung sozialer Standards führt zu wachsender Armut**
 - **Steuergeschenke fürs Kapital untergraben staatliche Einnahmehasis**
- 

Mehr Beschäftigung – aber was für welche?

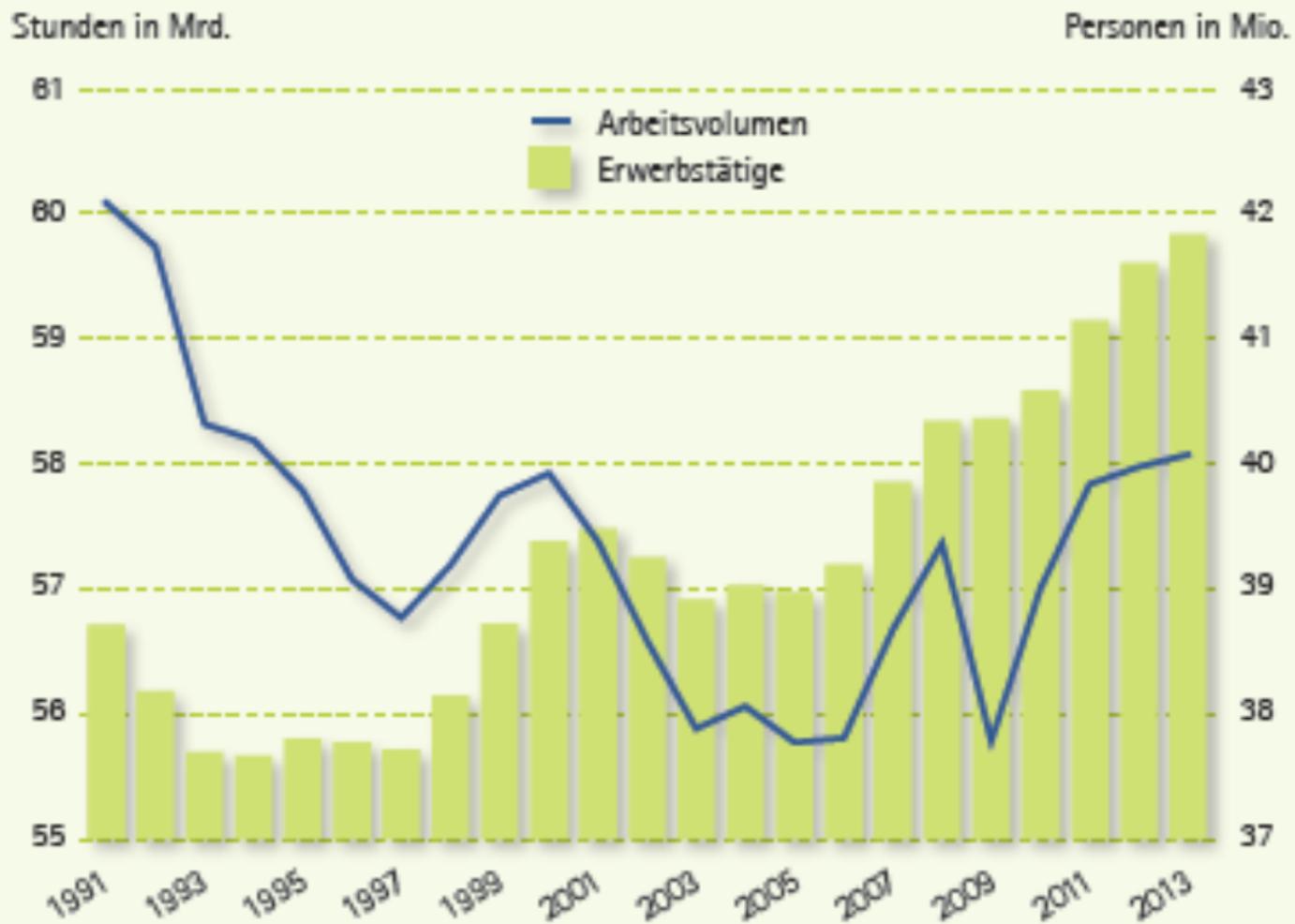
Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2000 bis 2010



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, auf 10.000 gerundet (Stand Februar 2011)

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

Arbeitsvolumen und Erwerbstätigkeit in Deutschland 1991 – 2013

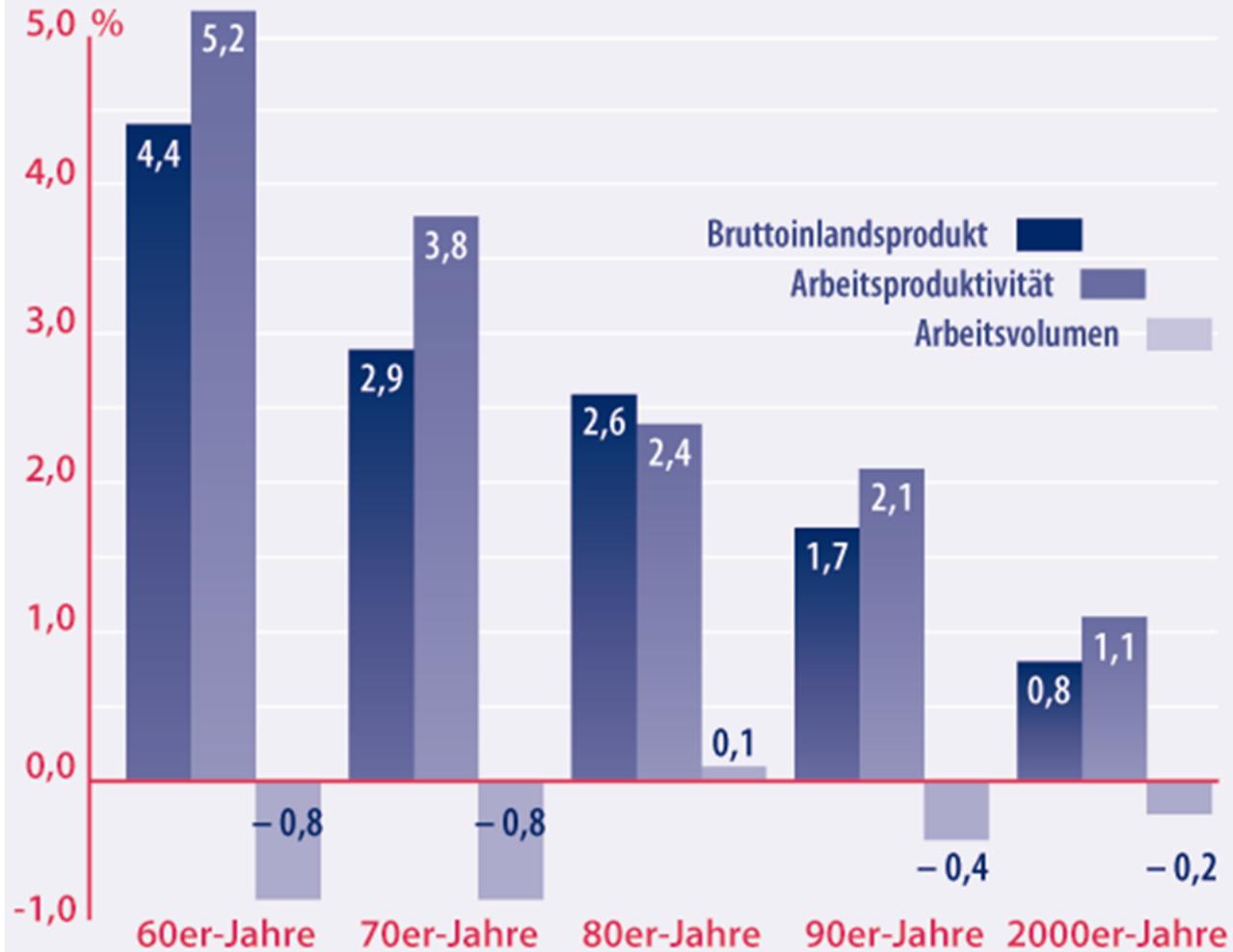


Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung, Statistisches Bundesamt.

© IAB

Wachstum, Arbeitsproduktivität und -volumen

Durchschnittliche, jährliche Veränderung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Lange Reihen, 2010

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

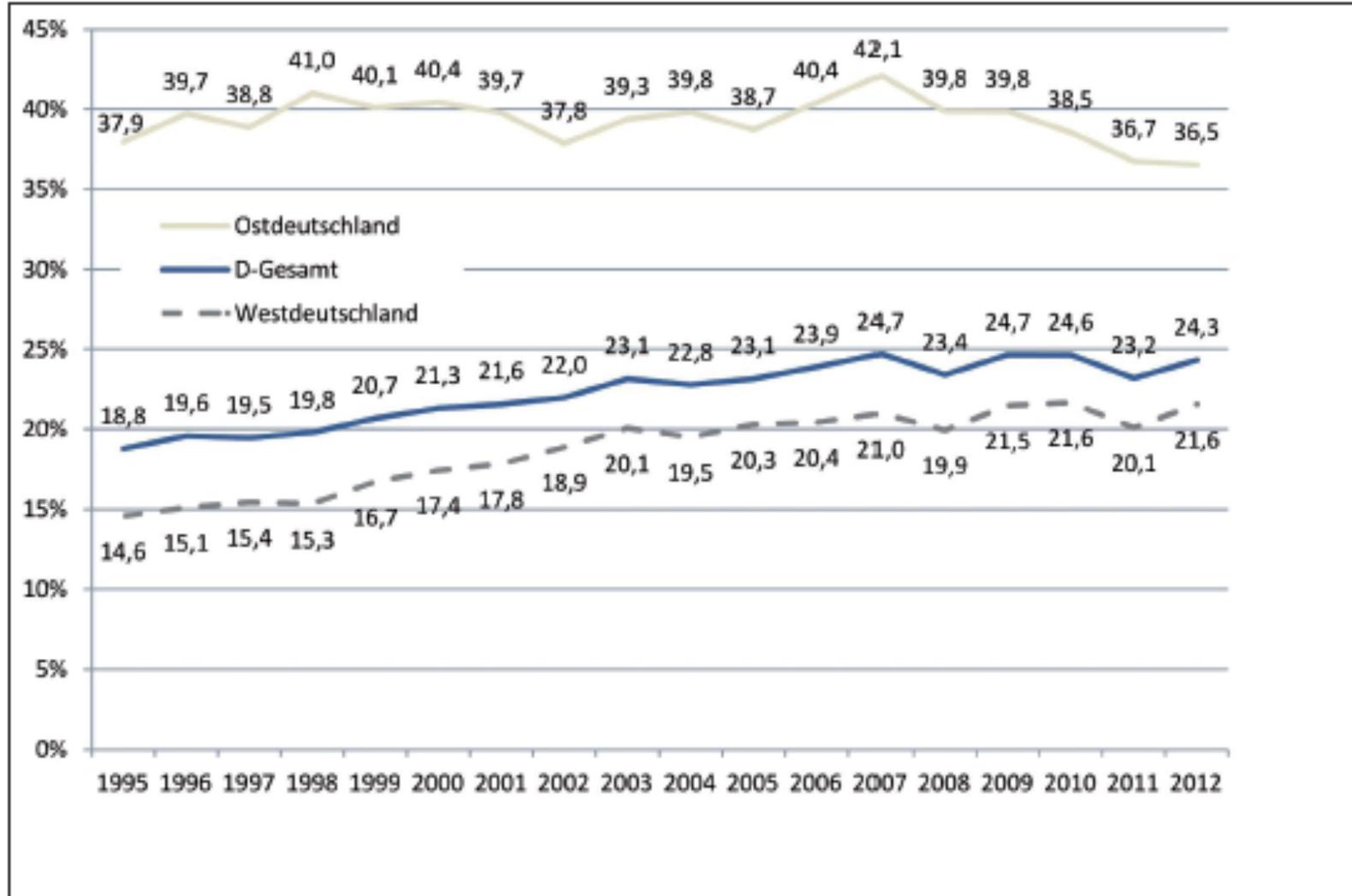
Leiharbeit stagniert auf hohem Niveau

Leiharbeitende in der Gesamtwirtschaft in 1.000



Quelle: Jahreswerte: Bundesagentur für Arbeit,
Monatswert: Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP)

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen



Quelle: SOEP v29, IAQ-Berechnungen

Lohnquote in Deutschland

Anteil der Arbeitsentgelte am Volkseinkommen in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2015

Das Dilemma der aktuellen Wirtschaftspolitik

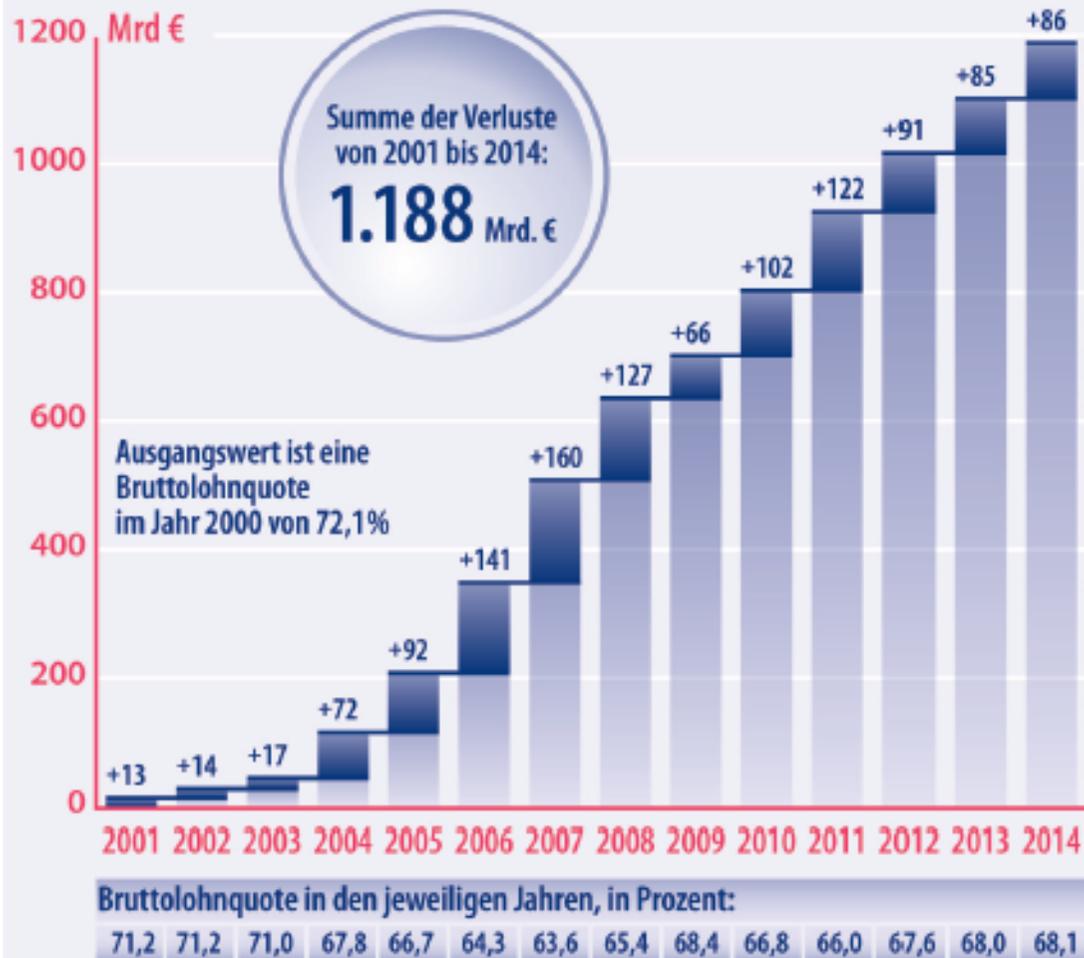
- **Dilemma der Geldpolitik**
 - **Dilemma ungleicher Verteilung**
 - **Schuldenbremse bremst wirtschaftliche
Entwicklung**
- 

Zeitalter der Krisen

- Die Häufung von Krisen zeigt die Instabilität der wirtschaftlichen Entwicklung. Die neoliberale Ära hat zu grundlegenden Strukturproblemen kapitalistischer Entwicklung geführt. Unregulierte Finanzmärkte sind hochgradig volatil, eine immer ungleichere Verteilung bremst wirtschaftliches Wachstum.
- **1997/98 Asienkrise**
- **2000/01 Platzen der New Economy-Blase**
- **2008/09 Weltweite wirtschafts- und Finanzkrise**
- **ab 2010 Eurokrise**

Verteilungsverluste der Arbeitseinkommen auf Grund sinkender Lohnquote

Summe der Verteilungsverluste von 2001 bis 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt:
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2015

Nach Schätzungen des DIW (DIW-Wochenbericht 42/2012) entfallen auf die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung zwei Drittel des gesamten Nettovermögens. Das reichste Prozent der Bevölkerung verfügt über 36 Prozent des Nettovermögens. Besonders viel Vermögen ist bei ganz wenigen Reichen konzentriert. **0,1 Prozent der Bevölkerung**, also ein Tausendstel, **verfügen über 22 Prozent des Nettovermögens** in Deutschland.

„In dieser Ungleichheit spricht sich ein fundamentaler Widerspruch aus. Je stärker sie ausfällt, umso mehr droht der Unternehmer sich in einen Rentier zu verwandeln und Macht über diejenigen zu gewinnen, die nichts als ihre Arbeit besitzen. Wenn es einmal da ist, reproduziert Kapital sich von selbst – und zwar schneller, als die Produktion wächst. Die Vergangenheit frisst die Zukunft.“

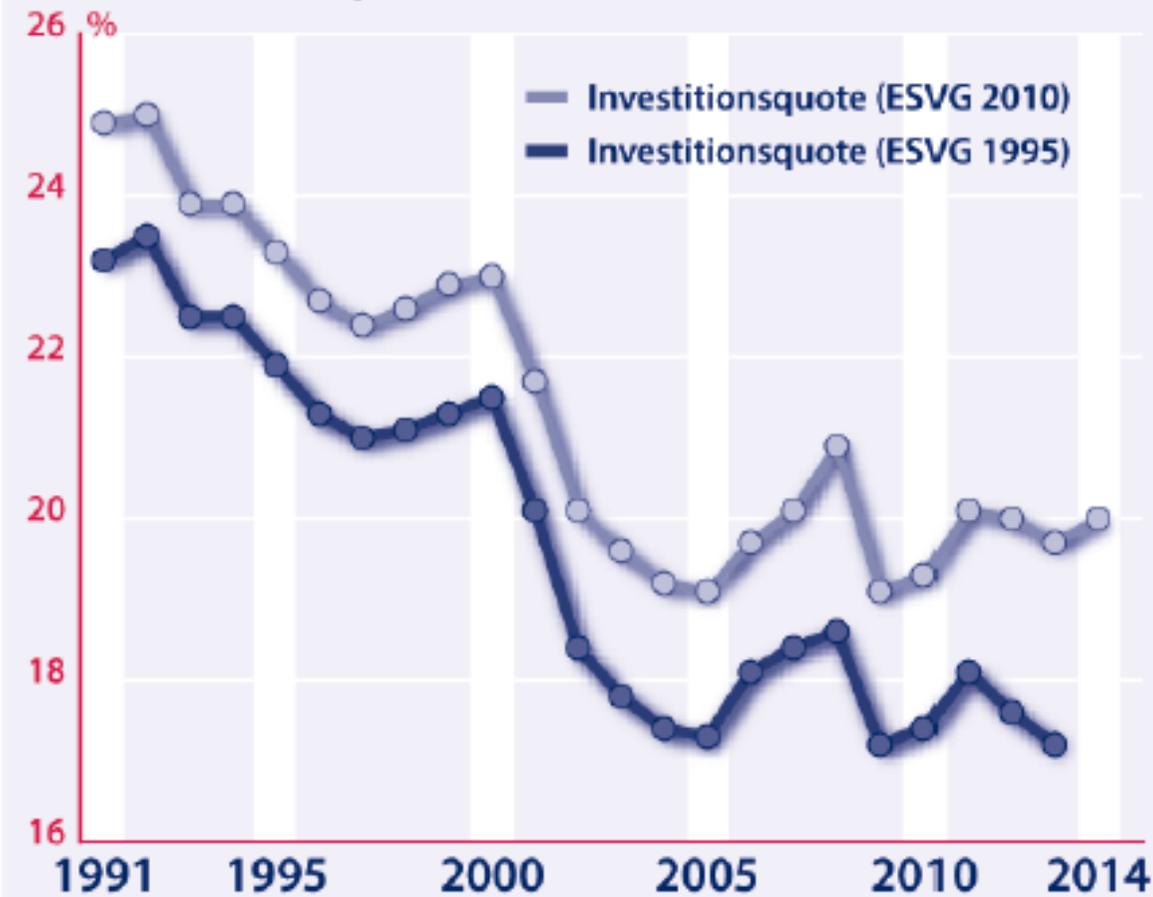
Thomas Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert,*
(2014, S. 785 f.) “

Fehlende Investitionen verhindern wirtschaftliche Entwicklung

- **Fehlende öffentliche und private Investitionen in Deutschland**
 - **Investitionen bestimmen maßgeblich die gesellschaftliche Entwicklung**
 - **Alternativen sind möglich und notwendig**
- 

Investitionsquote vor und nach Revision

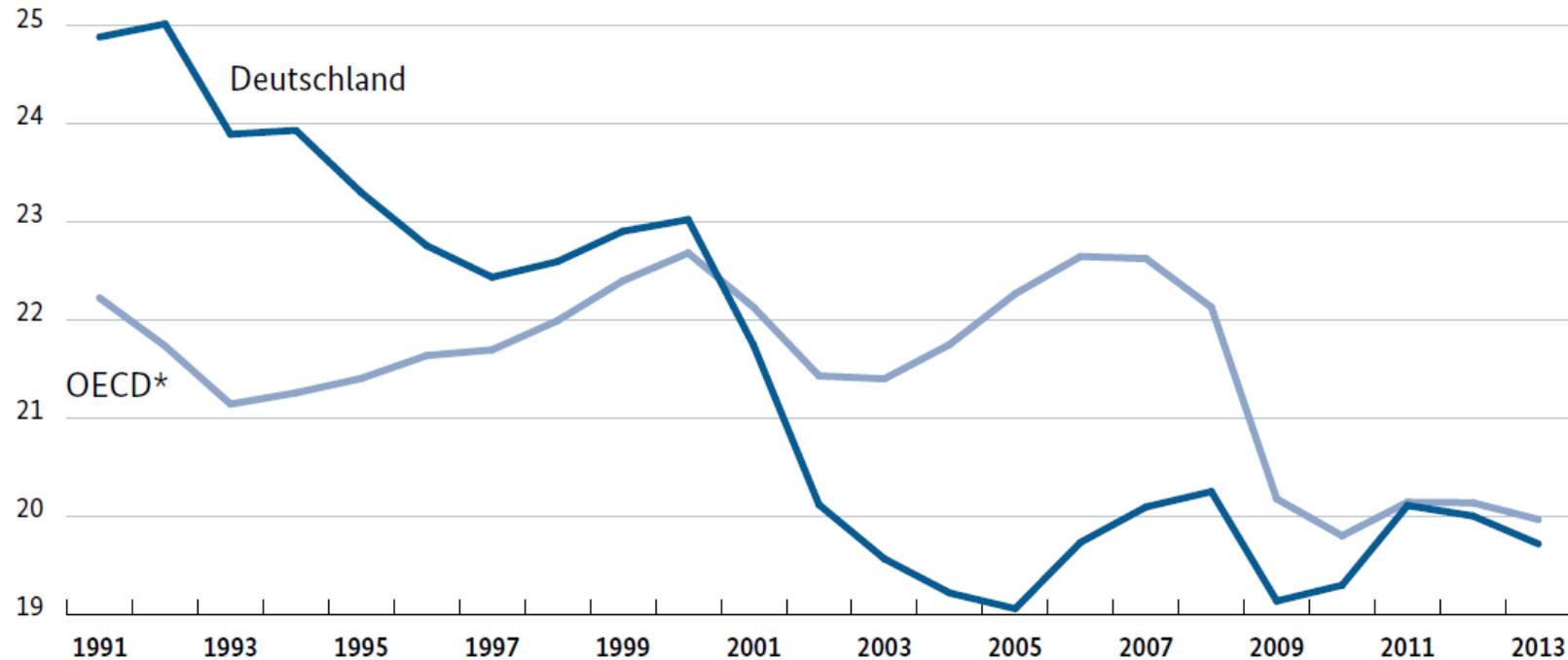
Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt: Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014, in: Wirtschaft und Statistik, September 2014, eigene Berechnungen.

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2015

Nominale Investitionsquote (Prozent vom BIP) im internationalen Vergleich

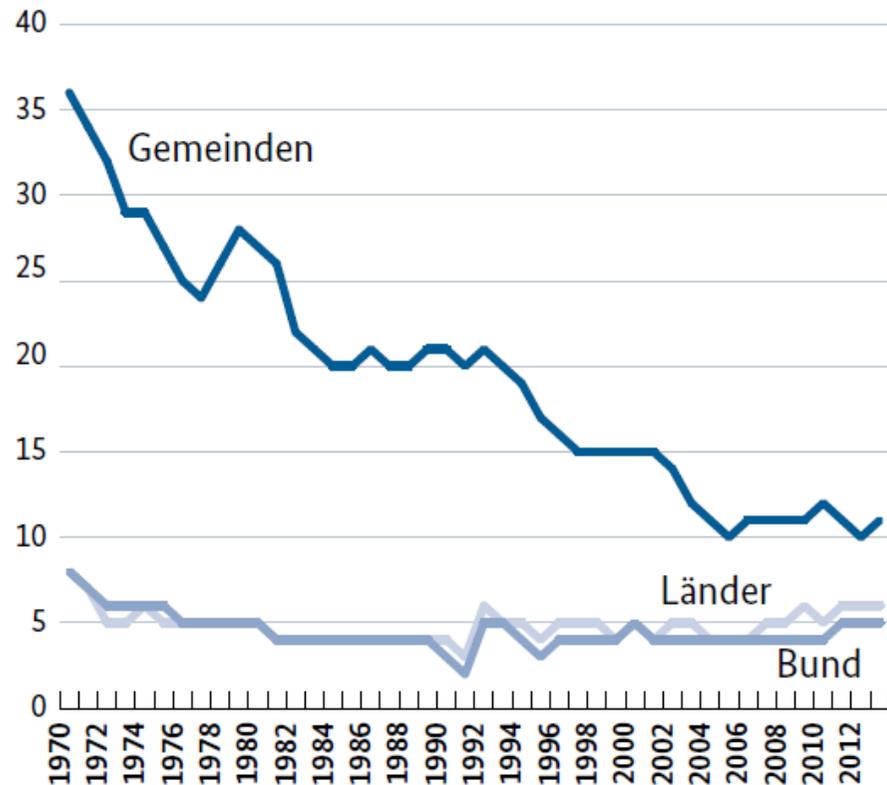


*OECD-Durchschnitte ohne die Länder Chile, Japan, Neuseeland und die Türkei.

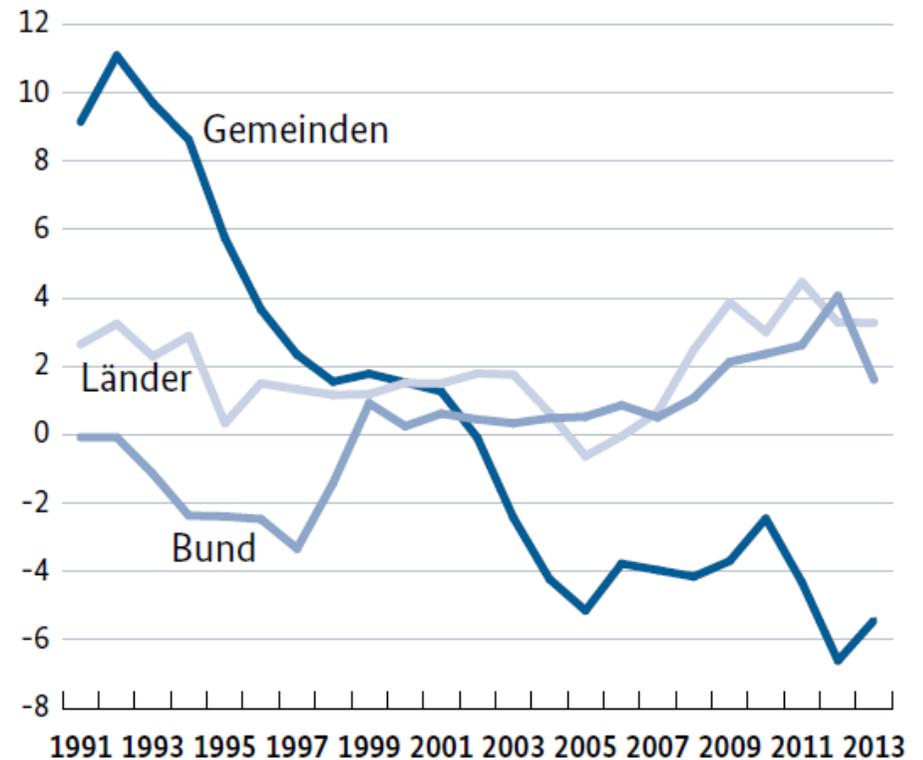
Quelle: Europäische Kommission, Berechnungen des DIW Berlin.

Staatliche Investitionen insgesamt und nach Gebietskörperschaften

Investitionsanteil an den Gesamtausgaben (Prozent)



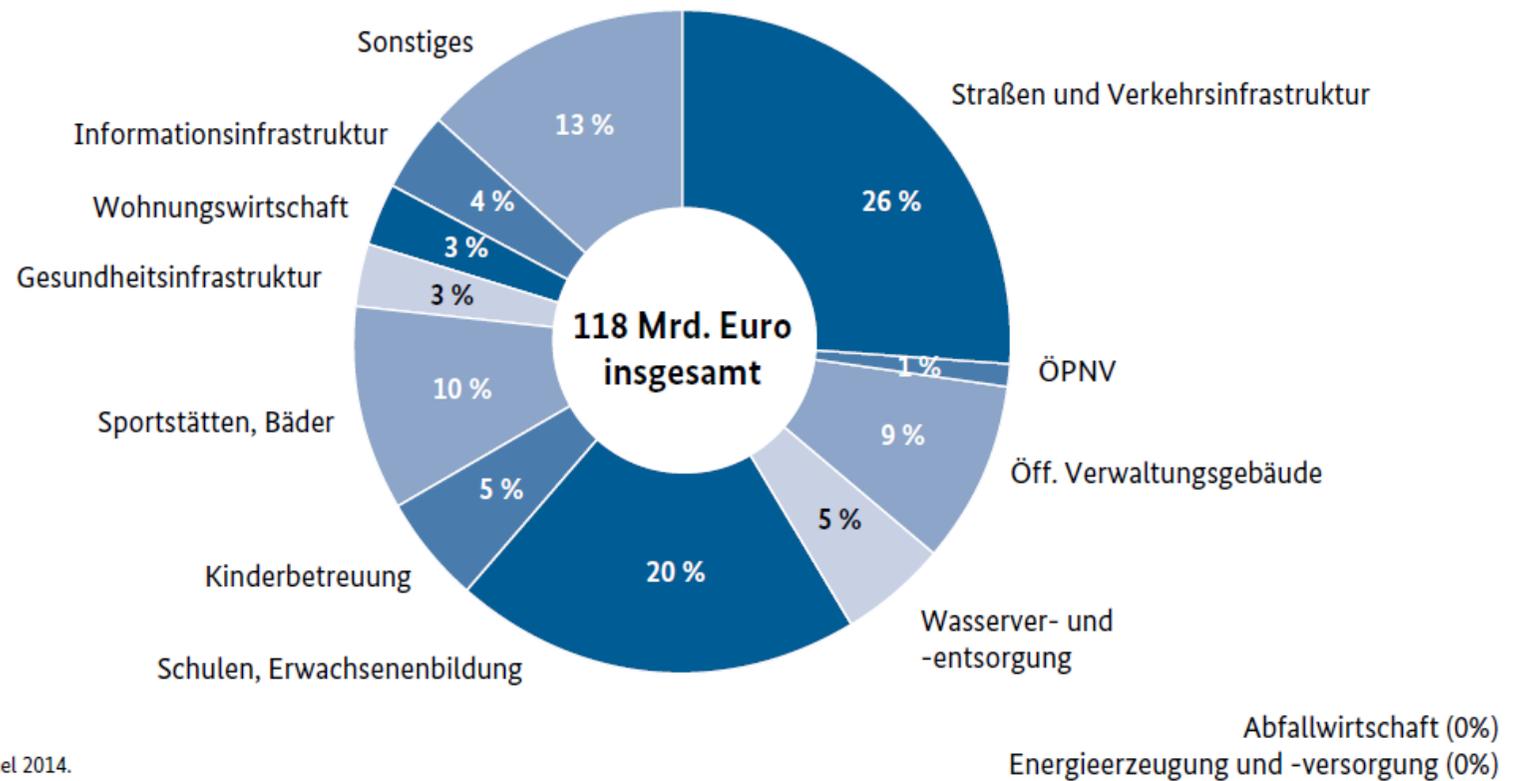
Nettoanlageinvestitionen (Mrd. Euro, nominal)



Anmerkung: Veränderungen des Investitionsbegriffs lassen Vergleiche, insbesondere zu der Zeit vor dem Jahr 1991, nur bedingt zu; bis einschließlich 1990 nur Westdeutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin.

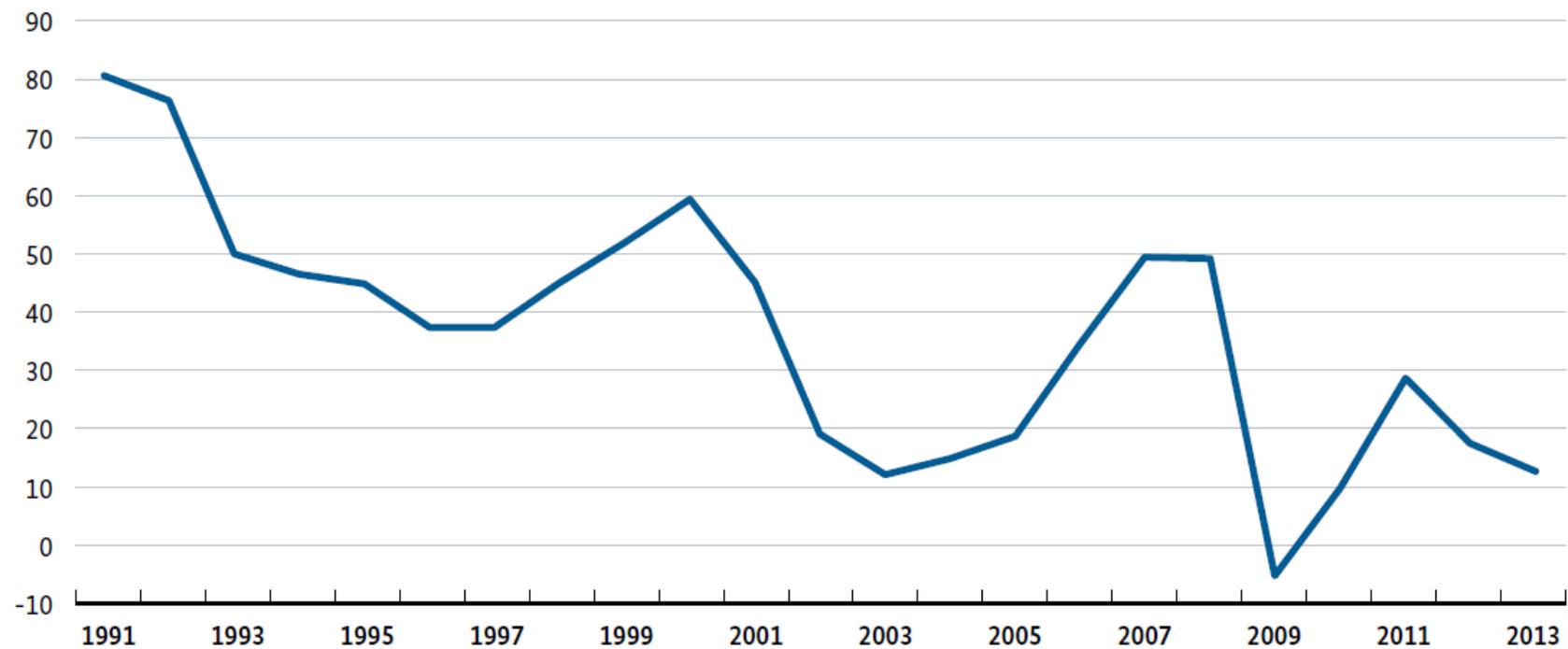
Wahrgenommener Investitionsbedarf der Kommunen



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2014.

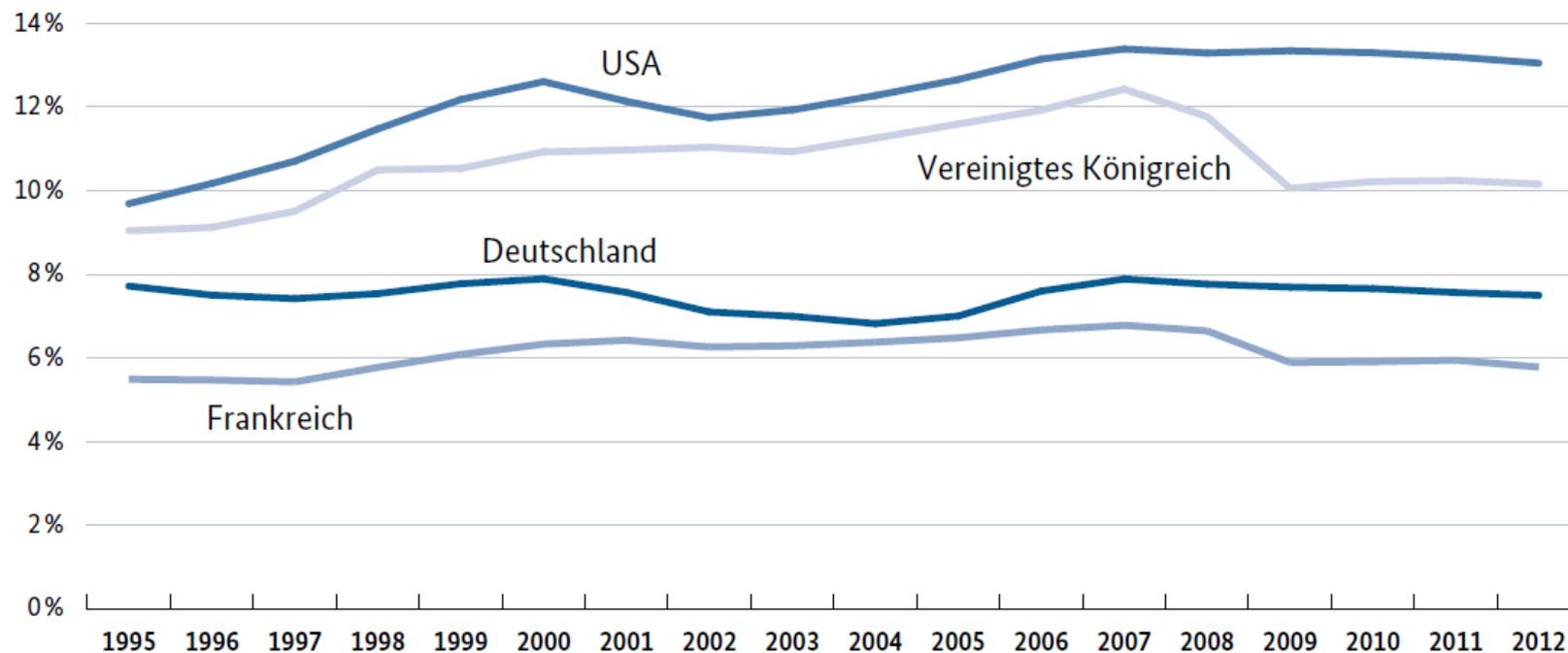
20 | Vol. Snieß (2012)

Entwicklung der privaten Nettoanlageinvestitionen



*Ohne Wohnungsbau. Nichtstaatliche Sektoren; Mrd. Euro in jeweiligen Preisen.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin.

Investitionen in Relation zum Kapitalstock



Quelle: WIOD, Berechnungen des DIW Berlin.

27 Quantifizierungen hierzu liefern verschiedene durch die EU geförderte wissenschaftliche Forschungsarbeiten wie INNODRIVE, COINVEST oder SPINTAN.

28 Vgl. Gornig und Schiersch (2015).

29 Vgl. Gornig und Schiersch (2015).

- Die Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* gehen weit über die klassischen Investitionen hinaus. Wir fordern ein Ausgaben- und Investitionsprogramm, in dem auch Personalausgaben enthalten sind.
- Schwerpunkt sind Bildung und der ökologisch soziale Umbau der Gesellschaft.
- Damit werden Arbeitsplätze geschaffen und die Struktur der Gesellschaft verändert sich massiv.
- Gesellschaftliche Bedarfe ohne kaufkräftige Nachfrage werden bedient.

Investitions- und Ausgabenprogramm der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Jährliche zusätzliche Ausgaben	
Bildung	25 Mrd. €
Verkehrsinfrastruktur	10 Mrd. €
Kommunale Ausgaben	10 Mrd. €
Energetische Gebäudesanierung	5 Mrd. €
Lokale Pflegeinfrastruktur	20 Mrd. €
Arbeitsmarkt	30 Mrd. €
Summe	100 Mrd. €

„Die hier vorgeschlagene staatliche Politik würde den privaten und den staatlichen Verbrauch sowie die staatlichen Investitionen als wichtige Bestandteile der Gesamtwirtschaftlichen Nachfrage steigern.“

Memorandum 1975

Für die **Finanzierung dieses Programms** ist eine andere **Steuerpolitik** notwendig. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert die Umsetzung eines Steuerkonzepts, bei dem auf der einen Seite die Einnahmen für notwendige Ausgabensteigerungen gesichert werden und auf der anderen Seite die Sekundärverteilung zulasten der Reichen und Vermögenden verschoben wird.

„Die ökonomischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind enorm. Sie sind nicht erst in den vergangenen Jahren entstanden. ... Inzwischen werden die fehlenden Regulierungen der Finanzmärkte, der Investitionsstau und die Prekarisierung der Arbeitsmärkte von vielen wahrgenommen. ... Es hat lange gedauert, bis sich diese Erkenntnis durchgesetzt hat. Das weckt die Hoffnung, dass sich auch die Umsetzung alternativer Politik durchsetzen wird.“

Memorandum Kurzfassung 2014 (S. 16)